



**Freihändige Vergabe mit
Öffentlichem Teilnahmewettbewerb gemäß § 3 Abs. 3 i.V. m.
§ 3 Abs. 5 lit. h VOL/A
zur Vergabe der wissenschaftlichen Begleitung
„Kinderrechte im Verwaltungshandeln“ 2017-2019**

1. Auftraggeber

Verein Kinderfreundliche Kommunen
Büro Berlin
Leipziger Str. 119
10117 Berlin

2. Bezeichnung der Stelle, bei der Fragen zur Ausschreibung gestellt werden können

Verein Kinderfreundliche Kommunen
Büro Berlin
Leipziger Str. 119
10117 Berlin
Frau Susanne Fuchs
030 – 209 11 624

Fragen sind bis zum 26.05.2017 schriftlich, per Fax oder per E-Mail an info@kinderfreundliche-kommunen.de zu stellen.

Die Fragen sind ausschließlich schriftlich zu stellen und werden schriftlich beantwortet. Soweit die Beantwortung ergänzende oder berichtigende Angaben für die Ausschreibung enthält, werden sie als Ergänzung zur Ausschreibung auf der Internetseite www.bund.de veröffentlicht.

Enthält die Ausschreibung nach Auffassung der Bieterin/des Bieters Unklarheiten, so hat sie/er den Verein Kinderfreundliche Kommune, Büro Berlin, unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

3. Kategorie der Dienstleistung

Der Verein „Kinderfreundliche Kommunen“ beabsichtigt, einen Gesamtauftrag für die wissenschaftliche Begleitung „Kinderrechte im Verwaltungshandeln“ in den Jahren 2017-2019 auszuscheiden, der in Jahresscheiben mit der Option auf Verlängerung vergeben werden soll.

Dazu wird ein 2-stufiges Vergabeverfahren nach § 3 (3) VOL/A durchgeführt. Die vorliegende Ausschreibung dient der Stufe 1, dem Öffentlichen Teilnahmewettbewerb gemäß § 3 Abs. 5 lit.

h VOL/A, um Bewerber nach ihrer Eignung für die Übernahme der Honorarleistung „Wissenschaftliche Begleitung Kinderrechte im Verwaltungshandeln“ auszuwählen.

Als Stufe 2 ist eine Angebotsaufforderung an zuvor in Stufe 1 ausgewählte, geeignete Bewerber vorgesehen, damit dann eine Freihändige Vergabe erfolgen kann.

4. Auftragsgegenstand

Der Verein „Kinderfreundliche Kommunen“ setzt sich mit dem Thema „Kindeswohl/ Kinderrechte im Verwaltungshandeln“ einen inhaltlichen Schwerpunkt bis Ende 2019.

Auftragsgegenstand ist die wissenschaftliche Begleitung dieses inhaltlichen Schwerpunktes im Vorhaben „Kinderfreundliche Kommunen“ von 2017 bis 2019. Sie umfasst mehrere inhaltliche Arbeitsschwerpunkte, die sich im Laufe der Arbeit mit den teilnehmenden Kommunen, der Experten-Arbeitsgruppe „Kinderrechte“ und weiteren Dienstleistern, die u.a. Workshops entwickeln und durchführen, strukturell und inhaltlich noch ausgestalten. Daher wird einer freihändigen Vergabe (Stufe 2) ein Teilnahmewettbewerb gemäß § 3 Abs. 5 lit. h VOL/A vorgeschaltet (Stufe 1), da die Leistung nach Art und Umfang vor der Vergabe nicht so eindeutig und erschöpfend beschrieben werden kann, dass hinreichend vergleichbare Angebote erwartet werden können.

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt, der die gesamte Laufzeit bis Ende 2019 wirksam wird, umfasst die Erarbeitung von Argumenten, Materialien, Instrumenten und Texten für einen Leitfaden, die die strategische und praktische Umsetzung der Kinderrechte auf kommunaler Ebene in Verwaltung und Politik stärken. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt kann die Analyse von Anknüpfungspunkten des Konzepts „Kinderfreundliche Kommunen“ in der kommunalen Praxis für seine Umsetzung sein. Es sollen mögliche Synergien aufgezeigt und für die Umsetzungspraxis und den Zertifizierungsprozess sichtbar gemacht werden. Ein zusätzlicher Arbeitsschwerpunkt liegt in der Identifikation von Widerständen, d.h. Hindernissen und Blockaden bei grundsätzlich am Vorhaben interessierten Kommunen, die der Ausbreitung „kinderfreundlicher Kommunen“ bisher entgegenstehen. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt könnte in der Erarbeitung wissenschaftlich begründeter, populär gehaltener Argumente liegen, die den zu erwartenden Nutzen durch die Umsetzung von kinderfreundlichen Kommunen vor Augen führen. Außerdem sind Arbeitsschwerpunkte denkbar wie die Sichtung von international erfolgreicher Strategien der Umsetzung von „Kinderfreundliche Kommunen“ für eine internationale Positionierung oder die Verknüpfung/ Profilierung im Kontext ähnlicher bzw. paralleler nationaler Konzepte wie „Familiengerechte Kommune“ sowie auch eine zukünftige Schärfung und Weiterentwicklung des deutschen Verfahrens „Kinderfreundliche Kommunen“ zusammen mit dem Verein.

5. Die Gesamtleistung bildet ein Los.

6. Nebenangebote sind nicht zulässig

7. Auftragszeitraum

Auftragsbeginn ist voraussichtlich am 01.07.2017.

8. Hauptort der Dienstleistung

Berlin

9. Verbot von Änderungsvorschlägen

Ja

10. Sprache

Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache abzufassen.

Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.

11. Kosten

Für die Erstellung des Teilnahmeantrages, des Angebots sowie die Präsentation werden keine Kosten erstattet.

12. Kaution und sonstige Sicherheiten

Werden nicht verlangt.

13. Bietergemeinschaften (falls zutreffend)

Bietergemeinschaften haben in dem Angebot sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie einen bevollmächtigten Vertreter/eine bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Im Falle der Beauftragung haftet die Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch. Der Auftraggeber erwartet auch im Fall einer Bietergemeinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand. Die unter den Punkten **15. a - g** geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

14. Unterauftragnehmer

Die Bewerberin/Der Bewerber hat Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die sie/er an Unterauftragnehmerinnen/Unterauftragnehmer übertragen will und diese spätestens vor Zuschlagserteilung namentlich zu benennen.

Sofern sich Bewerberinnen/Bewerbern zum Nachweis ihrer/seiner Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmens beruft, hat sie/er die zu den Punkten **15. a - f** geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen.

15. Hinweise zur Abgabe des Teilnahmeantrags

- Die Bewerberin/der Bewerber hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen.
- Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.
- Zum **Nachweis der Eignung** sind folgende Unterlagen dem Teilnahmeantrag beizufügen:

Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.

- a. Kurze Darstellung des sich bewerbenden Unternehmens/der sich bewerbenden Institution (Organisation, Eigentümer, Beschäftigte)
 - b. Nennung der verantwortlichen Person(en) (bezogen auf das Unternehmen/die Institution)
 - c. Eigenerklärung, dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet, dass nicht über das Vermögen das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wurde
 - d. Eigenerklärung zur ordnungsgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung
 - e. Eigenerklärung, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit in Frage stellen.
 - f. Aktuelle Gewerbezentralregisterauskunft bzw. Eigenerklärung, dass nachweislich die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen
 - g. Nachweis über Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherungsdeckung bzw. Eigenerklärung, dass im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.
 - h. Erklärung zur Bietergemeinschaft gem. Punkt 13 (falls zutreffend)
 - i. Erklärung zu Unterauftragnehmern gem. Punkt 14 (falls zutreffend)
 - j. Angabe von Qualifikationen und Erfahrungen des sich bewerbenden Unternehmens /der sich bewerbenden Institution
 - I. Fundierte Fachkenntnisse in den folgenden Bereichen: Fundierte Kenntnisse zu qualitativer und quantitativer empirischer Sozialforschung und Evaluation, zu Menschen- und Kinderrechten, Kindheitsforschung, Jugendsoziologie, Pädagogik, Partizipationsforschung und Verwaltungssoziologie;
 - II. Fundierte Kenntnisse zur Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung sowie Erfahrungen bei der Begleitung von Kommunalverwaltungen bei Themen der Jugendarbeit, Partizipation, im Prozessmanagement, bei Zertifizierungsprozessen und bei fachrechtlichen Hintergründen;
 - III. Erfahrungen im Verfassen von fachwissenschaftlichen Texten und von populärwissenschaftlichen Texten und eigenständigen Publikationen zu Kinderrechten, Kindheitsforschung, Jugendsoziologie, Partizipationsforschung in Deutsch sowie in Englisch.
 - k. Angabe der Namen und der beruflichen Qualifikation der Personen, die im Falle einer Beauftragung zuständig sein werden
 - l. Geforderte Referenzen zu Projekten und Publikationen sollten nachweisen, dass sie,
 - die Themenfelder in j II. und j III. berühren
 - durchgeführte Evaluationen und wissenschaftliche Begleitungen von Förderprogrammen belegen
 - Erfahrungen in der Beratung von öffentlichen Institutionen belegen.
- Eine Referenz kann mehrere der geforderten Gesichtspunkte abdecken.
 - Die Auswahl für die Stufe 2 erfolgt aufgrund der nachgewiesenen Bieterreignung zu den Punkten **15. j, k und l**.
 - Der unterschriebene formlose Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ist zweifach (einmal im Original und einmal auf handelsüblichem Datenträger) ausschließlich auf dem Post- bzw. Botenweg in einem fest verschlossenen Umschlag gekennzeichnet mit der Aufschrift „Nicht öffnen! Teilnahmeantrag „Wissenschaftliche Begleitung KfK“

beim

Verein „Kinderfreundliche Kommunen“

Geschäftsführerin Dr. Brückner

Leipziger Str. 119

10117 Berlin

einzureichen.

- Der Teilnahmeantrag ist bis zum **02.06.2017 12:00 Uhr** einzureichen
Maßgeblich ist der Eingangsstempel des Auftraggebers bzw. die Eingangsbestätigung bei persönlicher Übergabe oder Übergabe durch Boten. Der Bewerber/die Bewerberin hat sicherzustellen, dass über Zustell- oder Kurierdienste versendete Teilnahmeanträge innerhalb der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge bei der genannten Kontaktstelle eingehen. Ein Verschulden der Zustell- oder Kurierdienste wird dem Bewerber/der Bewerberin zugerechnet.
Verspätet eingehende Teilnahmeanträge können nicht berücksichtigt werden.
- Teilnahmeanträge, die per e-Mail oder Fax eingehen, müssen ausgeschlossen werden.

16. Vertrags- und Zahlungsbedingungen

Bestandteil des Vertrages sind die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführungen von Leistungen (VOL/A).

Die Geltendmachung Allgemeiner Geschäftsbedingungen der Bewerberin/des Bewerbers führt zum Ausschluss.

17. Kriterien für die Auftragsvergabe für die Stufe 2 (Freihändige Vergabe)

Der Zuschlag in der Stufe 2 geht an das wirtschaftlichste Angebot.

18. Hinweis zu nicht berücksichtigten Bewerbungen

Mit Abgabe eines Teilnahmeantrages unterliegen nicht berücksichtigte Bewerber/innen den Bestimmungen des § 19 VOL/A.

Eine besondere Mitteilung ergeht hierzu nur dann, wenn der Bewerber/die Bewerberin einen schriftlichen Antrag sowie einen adressierten Freiumschlag seinem Teilnahmeantrag beifügt.

Berlin, 09.05.2017